Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

89 (15.4.1935)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Luise Dups, Durlach. D. A. III. 3385.

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Z. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 89 | **Montag, den 15. April 1935** | **106. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die Reichsregierung gibt ihren Standpunkt zur Frage des Ostpaktes bekannt und sieht in militärischen Bündnissen keine Garantie des Friedens.

Nun ist der Wortlaut der französischen Denkschrift an den Völkerbund bekannt geworden, der die Einführung der Wehrpflicht in Deutschland zu Grunde liegt, die eine Verletzung des Versailler Vertrags sei.

Heute Montag beginnt die Tagung des Völkerbundsrates in Genf, die sich hauptsächlich mit der französischen Denkschrift über Deutschland beschäftigt.

Am Samstag wurde in Stresa beschlossen, eine Donaukonferenz nach Rom am 20. Mai einzuberufen, zu der auch Deutschland eingeladen wird.

Am Sonntag mittag wurde die Dreierkonferenz in Stresa beendet und ein Communique über das Ergebnis der Konferenz ausgegeben

„Geschwader Immelmann" und Geschwader Bölcke"

Berlin, 14. April. Das Reichsluftfahrtministerium gibt bekannt: **Der Führer und Reichskanzler hat auf Vorschlag des Reichsministers der Luftfahrt General der Flieger Göring, dem Fliegergeschwader in Mecklenburg die Bezeichnung „Geschwader Immelmann" und dem Fliegergeschwader in Niedersachsen die Bezeichnung „Geschwader Bölcke" verliehen,** um neben dem unvergeßlichen größten Jagdflieger Deutschlands, Freiherr von Richthofen, auch die gleich ruhmvollen Namen seiner beiden Kameraden in der neu erstandenen Reichsluftwaffe fortleben zu lassen.

Der Führer hat den Erlaß vollzogen in der Gewißheit, daß die Geschwader Immelmann und Bölcke, durchdrungen von der hohen Bedeutung der ihnen übertragenen Ueberlieferung, sich in Geist und Leistung der damit verbundenen besonderen Verpflichtung stets gewachsen zeigen. Die Mitteilung von dem Erlaß ist inzwischen durch eigenhändiges Schreiben des Reichsministers der Luftfahrt an die Mutter Immelmanns und die Eltern Bölckes gegangen, wobei General Göring seiner besonderen Freude darüber Ausdruck gab, der Uebermittler dieses auch die Hinterbliebenen ehrenden Erlasses sein können.

Vor dem Luftschutzgesetz

Berlin, 13. April. Die hohe Bedeutung des zivilen Luftschutzes für die gesamte Bevölkerung wird, wie das NdZ. meldet, von dem Abteilungsleiter im Reichsluftfahrtministerium, Ministerialrat Dr. Knipfer, in einer Luft-Sondernummer der NS.-Beamtenzeitung unterstrichen. Der Referent erwähnt die vier großen Gruppen des Luftschutzes und fügt hinzu, daß die gesamte Arbeit auf dem Gebiete des Luftschutzes bisher im wesentlichen auf freiwilliger Grundlage geleistet worden sei. Die ungeheure Ausdehnung der Aufgaben erfordere es jedoch, auch den einzelnen Menschen zur Mitarbeit heranzuziehen und das ganze Gebiet einer gesetzlichen Regelung zuzuführen. Diese wird in Kürze erfolgen.

„Das gesamte deutsche Volk", so schließt der Referent, „sein Leben, seine Arbeit und seine Güter vor den Folgen von Luftangriffen zu schützen, ist die gewaltige Aufgabe, die dem Luftschutz gestellt ist. Alle hierzu erforderlichen Maßnahmen rechtzeitig zu treffen, ist die große Aufbauarbeit, die den Behörden zufällt."

Der Führer im Ruhrgebiet

DNB. **Essen,** 14. April. Der Führer stattete heute dem 88jährigen Parteigenossen und bekannten Wirtschaftsführer Geheimrat Emil Kirdorf auf dem Streithof bei Mülheim (Ruhr) einen Besuch ab und besuchte gelegentlich dieser Anwesenheit im Industriegebiet auch verschiedene Industrieunternehmungen in Bochum und Essen.

Gutes Ergebnis der Vertrauensratswahlen

DNB. **Berlin,** 15. April. Wie der Reichswahlleiter für die Vertrauensratswahlen 1935, Hauptamtsleiter Claus Selzner, dem „VB." auf Anfrage über das Ergebnis der Vertrauensratswahlen mitteilte, kann schon jetzt gesagt werden, daß die aus allen Teilen des Reiches vorliegenden Meldungen Ergebnisse aufweisen, welche, verglichen mit den Ergebnissen des Vorjahres, den Schluß zulassen, daß das Gesamtergebnis für die Vertrauensratswahlen 1935 ein um vieles höheres ist, als es dasjenige im Jahre 1934 war.

„Graf Zeppelin" auf der Heimfahrt

DNB. **Hamburg,** 14. April. Nach den bei der Deutschen Seewarte vorliegenden Meldungen hat das Luftschiff „Graf Zeppelin" am Sonntag abend um 20 Uhr MEZ. die afrikanische Küste Kap Barbas erreicht.

Die Reichsregierung zum Ostpakt

Berlin, 14. April. Irreführende Auslegungen in verschiedenen Pressekommentaren haben die Reichsregierung veranlaßt, ihren Standpunkt in der Frage des Ostpaktes wie folgt zu präzisieren:

I. In den Berliner Besprechungen hat der Führer und Reichskanzler der britischen Delegation mitgeteilt, daß die Deutsche Regierung zu ihrem Bedauern nicht in der Lage sei, zum Ostpakt in der vorgeschlagenen Form ihren Beitritt zu erklären. Die Deutsche Reichsregierung sei demgegenüber aber bereit, einem solchen kollektiven Sicherheitspakte ihre Zustimmung zu geben dann, wenn er

1. Sich aufbaue auf gegenseitige und allgemeine Nichtangriffsverpflichtungen und Schiedsgerichtsverfahren.

2. Im Falle einer Friedensstörung ein konsultatives Verfahren vorsehe.

3. Sei die Deutsche Reichsregierung bereit, — unter Betonung der Schwierigkeiten der einwandfreien Feststellung eines Angreifers — sich allgemeinen Maßnahmen der Nichtunterstützung eines solchen anzuschließen.

Zu diesem Angebot steht die Deutsche Reichsregierung auch heute.

II. Der Führer und Reichskanzler hat in dieser Besprechung weiter mitgeteilt, daß die Deutsche Regierung nicht in der Lage sei, einem Paktvorschlag zuzustimmen, der, sei es für Alle oder für Einzelne, mehr oder weniger automatische militärische Beistandsverpflichtungen enthalte. Diese sähe darin nicht ein Element der Friedenserhaltung, sondern eher noch ein Element der Friedensbedrohung. Die Deutsche Reichsregierung bekennt sich auch heute zu dieser Auffassung und zu der sich daraus ergebenden Haltung.

III. Die Reichsregierung hat sofort nach Uebernahme der Macht ihren Wunsch ausgedrückt, mit den umliegenden Staaten Nichtangriffspakte abzuschließen. Sie machte diesen Vorschlag ohne eine eingehende Kenntnis bestehender zwei- oder mehrseitiger militärischer Abmachungen einzelner Staaten zu besitzen, und ohne jede Bezugnahme auf sie. Da sie selbst keine aggressiven Absichten hegt, fühlt sie sich von wirklichen Defensivabkommen auch nicht betroffen. Auch zu dieser Auffassung bekennt sich die Deutsche Regierung heute noch. So wenig sie daher in der Lage ist, einem Pakt beizutreten, der solche militärischen Verpflichtungen als ein wesentliches Element seines Inhaltes und damit seiner Existenz enthält, so wenig können solche außerhalb dieses Paktes liegenden Vereinbarungen die Deutsche Reichsregierung behindern, ihrerseits Nichtangriffspaktes auf der oben fixierten Basis abzuschließen.

Dies ist der Sinn der Antwort der Deutschen Reichsregierung auf die Frage des Kgl. Britischen Botschafters, ob Deutschland bereit sei, einen Ostpakt auf der von ihm selbst angedeuteten Grundlage abzuschließen, auch für den Fall, daß andere Staaten unter sich noch besondere Abmachungen getroffen hätten oder treffen würden.

Die Deutsche Reichsregierung will aber an dieser Stelle die folgenden Bemerkungen nicht unterdrücken:

Die von verschiedenen Regierungen als nötig erachtete Ergänzung von Nichtangriffs- und Gewaltausschließungspakten durch militärische Beistandsverpflichtungen beruht auf einem Widerspruch in sich. Entweder man glaubt an freiwillig übernommene Verpflichtungen oder man glaubt an sie nicht. Glaubt man an sie, dann ist die Notwendigkeit solcher militärischer Abmachungen nicht einzusehen. Zweifelt man aber an der aufrichtigen Einhaltung einer übernommenen Nichtangriffsverpflichtung, dann ist dieser Zweifel genau so berechtigt gegenüber der sinngemäßen Einhaltung der ergänzenden militärischen Verpflichtungen solcher Friedenspakte. Wenn es möglich ist, daß aus Nichtangriffspakten Kriege entstehen, ist es ebenso möglich, daß aus defensiven Beistandspakten offensive Angriffshandlungen kommen. Nur scheint der Deutschen Reichsregierung der Weg vom Gewalt-Ablehnungs- und Ausscheidungspakt zum gewalttätigen Friedensbruch ein weiterer zu sein als der Weg von militärischen Verpflichtungen defensiver Natur zu einer militärischen Haltung offensiver Art. Die Deutsche Reichsregierung sieht aber nach wie vor in dieser Entwicklung militärischer Bündnisse in Europa kein Element einer kollektiven friedlichen Entwicklung oder gar einer Garantie des Friedens. Sie ist daher auch nicht in der Lage, Pakte zu unterzeichnen, in denen solche Verpflichtungen ein integrierender Bestandteil sind, gleichgültig ob sie für alle oder für einzelne Teilnehmer.

Der vorstehende Standpunkt ist dem Britischen Staatssekretär des Aeußeren durch Vermittlung der hiesigen Botschaft amtlich mitgeteilt worden.

Die Ostpaktfrage in Stresa

Deutschlands neue Haltung

Stresa, 13. April. Ueber den Ostpakt wurde von zuständiger englischer Seite mitgeteilt, Sir John Simon habe Deutschlands Haltung den Konferenzmitgliedern dargelegt. Er sei dann gefragt worden, welches die Haltung Deutschlands sein werde, wenn andere Mächte als Deutschland als Teilnehmer dieser Pakte unter sich noch besondere Beistandsabkommen schließen sollten. Aus diesem Grunde wurde in Berlin eine telegraphische Erkundigung eingezogen. Als ihr Ergebnis habe der deutsche Außenminister dem britischen Botschafter mitgeteilt, daß **Deutschland eine derartige Möglichkeit immer noch als gefährlich ansehe, daß es aber gleichwohl bereit sei, an einem Vertrag teilzunehmen,** auch wenn andere Staaten unter sich darüber hinausgehende Abkommen schließen sollten. Deutschland würde aber Wert darauf legen, daß seine eigene Mitteilung und die dieser anderen Staaten in zwei verschiedenen Schriftstücken niedergelegt würde.

Englisches und französisches Echo

London, 13. April. Die Mitteilung des englischen Außenministers Sir John Simon in Stresa, **daß Deutschland zur Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes für den Osten bereit sei,** wird von der ganzen englischen Presse in größter Aufmachung veröffentlicht. Die Mehrzahl der Blätter bezeichnet die deutsche Erklärung als eine außerordentlich wichtige Entwicklung und als einen bedeutenden Beitrag zur Verbesserung der Atmosphäre.

„Die deutsche Antwort auf Simons Anfrage, so berichtet der Sonderkorrespondent der „Daily Mail", Ward Price, aus Stresa, ist das wichtigste Ergebnis, das die Konferenz bis jetzt gezeitigt hat. Sie wird in Stresa als ein Zeichen dafür angesehen, daß die deutsche Regierung bereit sein würde, an einer größeren internationalen Konferenz teilzunehmen, sobald der Anwurf Frankreichs gegen den „Vertragsbruch" Deutschlands in Genf aus dem Wege geräumt sei. Die britischen Vertreter in Stresa haben ihr Bestes getan, die französische Anschuldigung zu mildern, damit der Stolz Deutschlands nicht derart verwundet werde, daß es die Erwägung seiner Rückkehr zum Völkerbund ablehnen würde."

Der diplomatische Mitarbeiter des Oppositionsblattes „Daily Herald" erklärt: „Deutschlands Mitteilung ist ein großer Fortschritt. Dies scheint erneut die Tür zu einer allgemeinen Regelung auf der Grundlage des Londoner Communiqués vom 3. Februar zu öffnen."

Reuter meldet, die neue Entwicklung werde wahrscheinlich zu einer Reihe weiterer Besprechungen zwischen Berlin und London führen. Simons Erklärung sei ein Beweis dafür, daß England weitere Erörterungen mit Deutschland wünsche, bevor es irgend welche Beschlüsse fasse. Die Gerüchte, daß eine größere Konferenz unter Einschluß Deutschlands in London stattfinden werde, nähmen dauernd an Stärke und Umfang zu.

Paris, 13. April. Zu der Nachricht von der deutschen Bereitschaft zu einem **Nichtangriffspakt für den Osten ohne deutsche Beistandsverpflichtung** meldet der Havas-Berichterstatter aus Stresa: Die Aenderung der Haltung Deutschlands habe in den Konferenzkreisen wirkliche Sensation hervorgerufen. Gewisse Kreise wollten in dem deutschen Schritt den Beweis weniger unnachgiebiger Absichten und des deutschen Wunsches, aufs neue mit den anderen europäischen Mächten zusammenzuarbeiten erblicken. Die meisten ständen dagegen auf dem Standpunkt, daß die deutsche „Geste" keinen wirklichen Wert habe da die Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes nur die früheren Verpflichtungen Deutschlands, namentlich die nach dem Kelloggpakt, erneuern würden. Lediglich ein gegenseitiges Beistandsabkommen, demgegenüber sich Deutschland aber weiterhin ablehnend verhalte, würde eine praktische Bedeutung haben. Die britische Regierung werde sich in Berlin über diese Absichten Deutschlands zu unterrichten haben; der französische Außenminister werde sich aber, ohne das Ergebnis dieser neuen Befragung abzuwarten, zum vorgesehenen Zeitpunkt nach Moskau begeben, um dort vor Ende des Monats das französisch-sowjetrussische Abkommen zu unterzeichnen dessen Grundlagen nächste Woche in Genf zwischen Laval und Litwinow endgültig festgelegt werden würden.

Während das „Journal" und mehrere andere Blätter in der deutschen Stellungnahme zum Ostpakt nur ein neues „Manöver" sehen wollen, da Deutschland den Gedanken eines Nichtangriffspaktes an sich stets zugelassen habe, spricht „Figaro" von einer merklichen Klärung der Lage in Osteuropa. Die neue deutsche Haltung könne die kollektive Organisierung der Sicherung in Europa erleichtern.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Starker Eindruck in der römischen Presse

Rom, 13. April. Die deutsche Bereitschaft in der Frage des Beitritts zu einem Nichtangriffspakt für den Osten hat nach der römischen Morgenpresse den stärksten Eindruck gemacht. Mit dieser Mitteilung sei, so schreibt „Messaggero", eine neue Tatsache geschaffen worden, deren große Bedeutung niemand entgehen könne. Die Frage des Ostpaktes habe bis jetzt mehr als alles andere das Hindernis gebildet, das auch schon eine Vorverständigung fast unmöglich machte. Dieses Hindernis sei zwar noch nicht überwunden, erscheine aber jetzt überwindlich.

*

Polens Stellungnahme

Warschau, 13. April. Die polnische Telegraphen-Agentur meldet: Wie man aus den Nachrichten ersieht, ist der sowjetrussische Ostpakt als begraben anzusehen. Es eröffnen sich die Möglichkeiten eines neuen Abkommens für Osteuropa, das sich auf den Grundsatz des Nichtangriffes stützt. Das bedeutet, daß die Großmächte nach Prüfung der tatsächlichen Möglichkeiten zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß das System von Nichtangriffspakten erfolgreicher die Erhaltung des Friedens sichert, als es der sowjetrussische Pakt gegenseitiger Hilfeleistung getan hätte, den man in Moskau als Ostpakt bezeichnete. Auf Grund der europäischen Lage wurde dieses System in Stresa als unreif erkannt.

*

Die Frage Oesterreich in Stresa

Paris, 13 April. Zur österreichischen Frage berichtet Havas aus Stresa, Mussolini habe ausführlich über die Gefahr, der Oesterreich ausgesetzt sei (?), Vortrag gehalten. Die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens seien einmütig der Ansicht gewesen, daß es angebracht sei, die Verhandlungen zwischen allen Nachbarländern (also Italien, Deutschland, Ungarn, die Tschechoslowakei und Südslawien) unter Einschluß von Oesterreich selbst fortzusetzen, um zu einem Nichteinmischungspakt zu gelangen, der unter der Schirmherrschaft Frankreichs und Italiens stehen würde. Wahrscheinlich werde binnen kurzem eine Konferenz der betreffenden Länder stattfinden.

*

Ende der Dreierkonferenz in Stresa

Stresa, 14. April. Die Dreimächtekonferenz von Stresa ist am Sonntag mittag um 12.30 Uhr abgeschlossen worden. Der französische Ministerpräsident Flandin hat zu Ehren des italienischen Regierungschefs Mussolini im Hotel Borromeo ein Frühstück gegeben, an dem zahlreiche Mitglieder der drei Delegationen teilnahmen. Der englische Außenminister hatte sich in den Mittagsstunden im Auto nach Alassio an der italienischen Riviera begeben.

*

Donaukonferenz im Mai

Die Samstag-Besprechungen in Stresa

Stresa, 14. April. Ueber die Beschlüsse, die die drei Mächte hinsichtlich der **Donaukonferenz am 20. Mai in Rom** gefaßt haben, hört man, daß außer Frankreich und Italien die Kleine Entente, Polen und Oesterreich vertreten sein sollen. Eine Einladung an Deutschland soll beabsichtigt sein. England und die Schweiz sollen, wie man hört, nur Beobachter entsenden. Das Datum des 20. Mai ist von Flandin selbst genannt worden.

Am Samstagabend ist auch, wie man weiter hört, über die Frage einer Fortsetzung oder Liquidierung der Abrüstungskonferenz gesprochen worden. Dabei sei England dafür eingetreten, doch noch zu versuchen, ein Abkommen über den Rüstungsstand zustandezubringen. Frankreich soll sich für den Abschluß der Konferenz sowie für die Umwandlung in eine Sicherheitskonferenz eingesetzt haben. Ferner wird behauptet, Mussolini habe sich besonders stark für die militärische Gleichberechtigung Ungarns eingesetzt. Hierbei soll Frankreich zugleich für die Kleine Entente erklärt haben, daß diese Gleichberechtigung nur ins Auge gefaßt werden könnte, wenn gleichzeitig bestimmte Garantien gegeben würden.

In Stresa ist schließlich noch das Gerücht verbreitet, daß Polen die Haltung Deutschlands in der Frage der östlichen Nichtangriffspakte billige und den Konferenzmächten in Stresa mitgeteilt haben, daß Polen dieselbe Haltung wie Deutschland einnehme.

*

Stresa, 14. April. Am Samstagabend ließ sich über die Ergebnisse der Konferenz von Stresa noch folgendes ergänzend mitteilen:

Zu der am 20. Mai in Rom stattfindenden Donaukonferenz sollen folgende Mächte eingeladen werden: Deutschland, Frankreich, Italien, Oesterreich, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Tschechoslowakei und Polen. Die Konferenz soll rein politischen Charakter tragen, also keine Wirtschaftsfragen behandeln. In ihrem Rahmen soll auch die Wiederaufrüstung Oesterreichs besprochen werden.

Ferner soll weiter beschlossen worden sein, daß die Luftpakte als zweiseitige Verträge abgeschlossen werden sollen, also England-Frankreich, Frankreich-Italien und Italien-England. Falls Deutschland später teilnimmt, soll es auch zweiseitige Verträge mit diesen Staaten abschließen.

*

Das Schlußkommunique von Stresa

DNB. **Stresa**, 14. April. Das Schlußkommuniqué der Konferenz von Stresa trägt die Uebrschrift „Gemeinsame Entschließung der Konferenz von Stresa".

Der Wortlaut ist folgender:

Die Vertreter der Regierungen Frankreichs, Italiens und Englands haben in Stresa die allgemeine europäische Lage geprüft im Licht der Ergebnisse des Meinungsaustausches, der in den letzten Wochen stattgefunden hat, sowie der Entschließung, die am 16. März von der deutschen Regierung gefällt wurde, und schließlich aufgrund der Auskünfte, die von den britischen Ministern während ihrer kürzlich stattgefundenen Besuche in verschiedenen Hauptstädten Europas erlangt wurden. Nachdem der Einfluß dieser Lage auf die Politik in Betracht gezogen war, wie sie in den Abkommen von Rom und London bestimmt worden ist, fanden sie sich in voller Uebereinstimmung über die verschiedenen Fragen, die besprochen wurden:

1. Sie einigten sich auf eine gemeinsame Linie, die verfolgt werden soll, wenn der französische Antrag an den Völkerbundsrat zur Sprache kommt.

2. Die Auskünfte, die sie erhalten haben, haben sie in der Ansicht bestärkt, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden sollen hinsichtlich der Entwicklung, welche bezüglich der Sicherheit in Osteuropa erstrebt wird.

3. Die Vertreter der drei Regierungen prüften von neuem die österreichische Lage.

Sie bestätigten die englisch-französisch-italienischen Erklärungen vom 17. Februar und 27. September 1934, durch die die drei Regierungen anerkannten, daß die Notwendigkeit, die Unabhängigkeit und Unversehrtheit Oesterreichs aufrecht zu erhalten, auch in Zukunft ihre gemeinsame Politik leiten werde.

Hinsichtlich des französisch-italienischen Protokolls vom 7. Januar 1935 und der englisch-französischen Erklärungen vom 3. Februar 1935, in welcher der Beschluß bekräftigt wurde, sich gemeinsam zu beraten, im Hinblick auf Maßnahmen, die im Falle der Bedrohung der Unversehrtheit und Unabhängigkeit Oestereichs ergriffen werden müssen, kamen sie überein, vorzuschlagen, daß Vertreter aller der Regierungen, die im Protokoll von Rom aufgezählt sind, zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zusammentreten sollen mit dem Ziel, die zentraleuropäischen Vereinbarungen abzuschließen.

4. Was den ins Auge gefaßten Luftpakt für Westeuropa betrifft, so bekräftigen die Vertreter der drei Staaten die Grundsätze des Verfahrens, das eingeschlagen werden soll, wie es im Londoner Communiqué vom 3. Februar vorgesehen ist, und beschlossen, das Studium dieser Frage aktiv fortzusetzen, in der Absicht, einen Pakt zwischen den 5 Mächten abzuschließen, die im Londoner Communiqué erwähnt werden, sowie von allen zweiseitigen Vereinbarungen, welche ihn begleiten können.

5. Als sie zur Rüstungsfrage gelangten, haben die Vertreter der drei Mächte ins Gedächtnis gerufen, daß das Londoner Communiqué ein Abkommen vorsah, das frei mit Deutschland ausgehandelt werden sollte, um an die Stelle der entsprechenden Klauseln des Teiles V des Vertrages von Versailles zu treten. Sie unterzogen weiter die Handlungen der deutschen Regierung und den Bericht Sir John Simons über seine Unterhaltungen mit dem deutschen Reichskanzler über diesen Gegenstand einer sorgfältigen und besorgten Besprechung.

Mit Bedauern stellten sie fest, daß die Methode der einseitigen Aufkündigung, die von der deutschen Regierung in einem Augenblick angewandt wurde, als gerade Schritte ergriffen waren, ein in freier Weise ausgehandeltes Abkommen über die Rüstungsfrage zu erreichen, das öffentliche Vertrauen in die Sicherheit einer friedlichen Ordnung unterminiert hat. Darüber hinaus hat das große Ausmaß des veröffentlichten Programms der deutschen Aufrüstung, das schon mitten in der Ausführung begriffen ist, die zahlenmäßigen Schätzungen entwertet, auf die die Anstrengungen für eine Abrüstung bisher gegründet waren, und die Hoffnungen erschüttert, durch die jene Anstrengungen inspiriert waren.

Die Vertreter der drei Mächte bekräftigen nichts desto weniger ihren ernsten Wunsch, den Frieden zu erhalten durch Herstellung eines Gefühls der Sicherheit und erklären für sich selbst, daß sie ernstlich bestrebt bleiben, sich an jeder praktischen Anstrengung zu beteiligen, durch die die internationale Verständigung durch Begrenzung der Rüstungen gefördert werden kann.

6. Die Vertreter der drei Mächte zogen weiter den Wunsch in Betracht, der von den Staaten begründet worden ist, deren Rüstungsstand durch die Friedensverträge von St. Germain und Trianon und Neuilly festgesetzt worden ist, die Revision dieses Standes zu erreichen. Sie beschlossen, daß die anderen hierdurch berührten Staaten auf diplomatischem Wege von diesem Wunsch unterrichtet werden sollen.

Sie kamen überein, diesen anderen in Betracht kommenden Staaten die Prüfung dieser Frage zu empfehlen mit dem Ziel, sie durch gegenseitige Verständigung innerhalb des Rahmenwerkes allgemeiner und regionaler Sicherheitsgarantien zu regeln.

Hierauf schloß sich eine englisch-italienische Erklärung folgenden Wortlautes:

„Folgende gemeinsame Erklärung ist von den Vertretern Italiens und Englands in Beziehung auf den Vertrag von Locarno abgegeben worden:

Die Vertreter Italiens und Englands als Mächte, die an dem Vertrag von Locarno nur in der Eigenschaft als Garantiemächte beteiligt sind, bekräftigen in formeller Weise alle ihre Verpflichtungen, die aus diesem Vertrag hervorgehen, und erklären ihre Absicht, diese getreulich zu erfüllen, falls dies nötig werden sollte. Soweit diese beiden Mächte diese Verpflichtungen auf sich genommen haben in Beziehung zu allen anderen Teilnehmern des Vertrages von Locarno, wird diese gemeinsame Erklärung, die auf der Stresa-Konferenz, an der Frankreich teilnahm, abgegeben wurde, auch den Regierungen Deutschlands und Belgiens förmlich übermittelt werden."

Zum Schluß enthält das abschließende Communique folgende Schlußerklärung: Die drei Mächte, deren politisches Ziel die gemeinsame Aufrechterhaltung des Friedens innerhalb des Rahmens des Völkerbundes ist, befinden sich in vollständiger Uebereinstimmung, wenn sie sich mit allen praktischen Mitteln jeder einseitigen Aufkündigung von Verträgen widersetzen, durch die der Friede Europas in Gefahr kommen kann, und sie werden daher zu diesem Zweck in enger und freundschaftlicher Zusammenarbeit handeln.

*

Ein zweites vertrauliches Dokument für Genf?

DNB. **Genf**, 14. April. Das „Journal des Nations" glaubt zu wissen, daß neben der französischen Denkschrift noch ein zweites vertrauliches Dokument bestehe, das die Anregungen enthalten soll, die die drei in Stresa anwesenden Mächte zu Händen der Ratsmitglieder und des Berichterstatters im Hinblick auf einen Entschließungsentwurf des Völkerbundsrates ausgearbeitet hätten. Diese Anregungen seien folgende:

1. Der Rat solle die Unmöglichkeit bekräftigen, rechtlich und tatsächlich den Vetragsbruch in der internationalen Politik anzuerkennen.

2. Der Rat solle sein Bedauern über den Beschluß der deutschen Regierung vom 16. März aussprechen.

3. Der Rat solle die Schaffung eines Juristenausschusses beschließen, der das Problem des Vertragsbruches prüfen und Vorschläge über die Maßnahmen machen solle, die in Zukunft auf Vertragsbrüche folgen müßten.

4. Der Rat solle die Entwicklung der Organisation der Sicherheit durch regionale Pakte auf der Grundlage der gegenseitigen Hilfeleistung vorschlagen.

Ueber diese vier Punkte bestehe, so behauptet das Blatt, zwischen den Vertretern Frankreichs, Englands und Italiens Einigkeit. Das alles beziehe sich nicht auf Deutschland, sondern sei allgemein gehalten. England habe seine Zustimmung nicht nur für die automatische Einberufung des Rates, sondern auch für Sanktionen finanzieller und wirtschaftlicher Art für zukünftige Vertragsbrüche gegeben.

*

Die polnische Presse stellt Entspannung der internationalen Lage fest.

DNB. **Warschau**, 14. April. Alle polnischen Blätter veröffentlichen den vollen Wortlaut der amtlichen Verlautbarung des DNB., die den Standpunkt der Reichsregierung in der Frage des Ostpaktes erläutert und klarlegt. Die polnischen Berichte aus Stresa stimmen darin überein, daß die Bereitwilligkeit Deutschlands, einem osteuropäischen Nichtangriffspakt beizutreten, und der endgültige Tod des Ostpaktes in seiner ursprünglichen Form die Atmosphäre entspannt haben.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Glocken aus der Tiefe

Roman von K. A. Harth.

Urheber-Rechtsschutz: Mitteldeutsche Roman-Korrespondenz, Leipzig C1

17. Fortsetzung. (Nachdruck verboten)

Klaus Grünwald nickte stumm und sah auf das Messer in seiner Hand. Schließlich reichte er es mit einer nicht mißzuverstehenden Gebärde des Abscheus dem jungen Bauern, der trotzig und finster dreinblickte.

Wilm Karsten steckte es ohne Eile ein und setzte sich in einen Winkel der um die Wand laufenden Bank.

Der Wirt verneigte sich nach dem reglosen Gast:

„Ich kümmere mich um den Koffer."

Dann rückte er an seinem Käppchen und sah scheel zu dem vor sich hinbrütenden Karsten:

„Rufen Sie nur, wenn Sie mich brauchen. Ich höre gut!"

Damit ging er, kopfschüttelnd, und ließ die Türe weit offen.

Rolf wischte an den beschlagenen Scheiben und schaute auf die sonnenbeschienene Straße hinaus. Unweit des Hafens flankierten ein paar alte Kastanien den Sandweg in die Einsamkeit der Insel. Entlaubt und bereift froren sie im herbstblauen Morgen.

Rauch kräuselte sich aus den Kaminen der niederen Häuser. Zuoberst der ansteigenden Straße lagerte grau und gedrungen die Kirche, deren spitzer Turm steil in den Himmel stieg. An ihre Mauer schmiegte sich efeuumrankt das Pfarrhaus. Sandsteinstufen ruhten vor seiner altersbraunen Tür.

In Rolf Hartungs Augen glomm ein heimliches Freuen auf, wie er an das feingliedrige Mädchen dachte, das dort in dem traulichen Heim wohnte. Haß und Mißgunst würden nicht nach dem Haus auf der Höhe reichen, in dem Helga vielleicht noch schlief — und — wer weiß? — von einer Begegnung in den abendlichen Dünen träumte...

Seine Ankunft auf der Insel, der Deichbruch in stürmischer Nacht, die merkwürdigen Erlebnisse mit ihren eigenartigen Menschen, dem unheimlichen Inselalten, der hingebend liebenden Karin, mit dem eifersüchtigen Jungbauern und dem sieghaften Hein Tedjen, sie verwoben sich für ihn in der Erinnerung zu einem phantastischen Schattenspiel, aus dessen Nebel ihn zauberhaft zwei Märchenaugen anstrahlten: die dunklen, lockenden Augen Helga Herolds.

Er hatte schon oft von Liebe und Leid gelesen. Nie doch bisher hatte er empfunden, daß Liebe so tief, so klar und beglückend ist. Sie überkam ihn einfach wie ein Naturereignis, und er barg ihr Erlebnis wie einen köstlichen Schatz im Herzen.

Peitschenknall ließ ihn aufhorchen.

Die Straße herauf kam ein Korbwagen mit zwei Brauen davor, ein Mann in grüner Lodenjoppe und mit nickendem Gemsbart auf dem Jägerhut führte die Zügel, neben ihm saß eine schwarzhaarige Dame. Das Gefährt schaukelte am „Anker" vorbei, vor dem Klaus Grünwald stand und mit fröhlichem Zuruf begrüßt wurde.

Gespannt sah Rolf Hartung, wie der Wagen vor dem Pfarrhaus hielt, dessen Tür sich auftat. Helga eilte die wenigen Stufen herab, sein Märchen! Umarmte die Dame, reichte dem Fuhrmann die Hand und zog fast die schwarzhaarige Frau ins Haus.

Der Mann rief ihnen lachend noch etwas nach, dann wandte er um und fuhr in schlankem Trab am „Anker" vor. Eilfertig sprang der Wirt bei und half das Handpferd absträngen, legte die Decken mit auf und schüttete selbst Hafer in die Krippe.

Vom Flur her dröhnte ein tiefer Baß:

„Alle Mann an Deck! — Karin, Deern — komm herab aus der dritten Etage!"

Wilm Karsten zuckte zusammen und ließ krachend die Faust auf den Tisch fallen. Er schickte einen wütenden Blick zur Tür, durch die der Ankömmling mit dem Wirt trat.

Klaus Grünwald hatte die Hände beschwörend erhoben und bat mit gedämpfter Stimme:

„Leise, Herr Brinkmann, um Vergebung, seien Sie leise! Meine Tochter liegt, sie ist krank."

Karl Brinkmann zwirbelte die Schnurrbartenden in seinem luftroten Antlitz und lachte unbekümmert:

„Potz Blitz! So gut haben wir Männer es nicht! Wenn wir krank sind, tritt niemand mit leisen Sohlen auf, und zu Bett legen können wir uns schon garnicht. Da ist die Schecke gebläht, oder das Fohlen lahmt, oder die dumme Trine hat wieder mal die Milch verschüttet. Und wenn man da vor Aerger Bauchgrimme kriegt, langt man die Buddel aus dem Schrank und trinkt einen ordentlichen Köhm!"

Er ließ sich Rolf Hartung gegenüber an einem Tisch nieder. Zu der Lodenjoppe trug er eine grüne Sporthose und braune Gamaschen über den derben Schuhen. Seinen Hut warf er mit gutgezieltem Schwung auf einen Wandhaken und sah dann selbstzufrieden und mit über dem Bauch gefalteten Händen zu, wie Klaus Grünwald ihm Grog bereitete.

Wilm Karsten stand auf und drückte sich zur Tür hinaus. Ihm behagte das lärmende Treiben nicht. Hier unten saßen sie beisammen, der behäbige, immer zu Späßen aufgelegte Hofbesitzer, und der Fremde, den er seit dieser Nacht aus einem dumpfen Gefühl heraus haßte, und oben lag Karin mit fieberglühendem Kopf.

Hände in den Taschen, die heißen Augen gesenkt, schlenderte er die Dorfstraße hinauf. Ausgerechnet zu Hein Tedjens Mutter wollte der junge Mensch ziehen? Er dachte im Augenblick nicht daran, daß Hein gerade ihm seine Sorge um das Mädchen schwerlich danken würde. Er vermochte seine eifersüchtige Erregung nicht zu beherrschen, wollte nur Mutter Tedjens vor dem Fremdling warnen...

„Sagen Sie mal, Vater Grünwald, was ist das mit der Deern? Nichts Ernstliches, will ich hoffen?"

Karl Brinkmann, der stark in den Vierzigern stehen mochte, hob das Glas und trank.

Der Wirt drehte sich verlegen hinter dem Schanktisch. Sah flüchtig zu Rolf Hartung hinüber:

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg